

# solidarische Kirche

PROBENUMMER

30. April 1988

## **MAL PROBIEREN – DOCH WAS DANN ?**

### **Begrüßung von Eduard Stapel**

Hier ist sie also – die "Probenummer" des zukünftigen Informationsblattes der Solidarischen Kirche. Ihr sollt nun "probieren" und auf dieser Vollversammlung (29. April bis 1. Mai 1988 in Berlin) entscheiden, ob sie als Probe so gelungen ist, daß ihr in Zukunft regelmäßig reguläre Ausgaben folgen können. Der vorigen Vollversammlung war ja bewußt, daß ein solches Informationsblatt zur Unterstützung des Arbeitskreises Solidarische Kirche nötig ist. Eine kleine Redaktion hat nun in ihrem Auftrag versucht einen praktischen Vorschlag für

das Profil des AKSK-Informationsblattes vorzulegen. Ob er bedeutungsvolle Informationen und Meinungsäußerungen – bedeutsam im Sinne unserer Basiserklärung – enthält? Ob er sensibilisiert, Lust macht, Interesse weckt, informiert? Ob er offen genug ist, Demokratie einübt, Hilfe organisiert, Kommunikation fördert, rebelliert, Courage zeigt? Noch gibt es Fragen über Fragen. Wie sehr unser Vorschlag aktiviert, die Reformation zu reformieren und Strukturen verändern hilft, Chancen nutzt und Ideen umsetzt, werden die regulären Ausgaben zeigen.

Diese "Probenummer" genügt all' dem gewiß nicht. Sie hat mehr zufällige Inhalte, unterscheidet sich nur in wenigen Beiträgen von anderen, ähnlichen Blättern und läßt deshalb Profil vermissen. Hoch ist unklar, welches Profil unser Blatt von anderen Blättern

unterscheiden soll. Noch wissen wir nicht, in welchem Verhältnis z.B. die AKSK-Selbstverständigung und die Kommentierung "äußerer" Ereignisse zueinander stehen sollen. Freilich ist wohl deutlich, daß die "Solidarische Kirche" als nötiger institutionalisierter Widerspruch zur Institution Kirche mehr kommentiert - mit theoretischen Beiträgen, mit Kommentaren und mit Dokumentationen - als über eigene Aktivitäten lange Berichte bringt. Aber was geht uns an? Was ist im Sinne unserer Basiserklärung bedeutsam? Was macht unser Blatt

zum "solidarischen" Baum im "Nur-für-den-innerkirchlichen-Dienstgebrauch"-Blätterwald? Und: Wer entscheidet das? Wer schreibt und redigiert? Wer gibt die "Solidarische Kirche" heraus? Woher kommen Matrizen und Papier und selbstverständlich das "liebe" Geld? Zunächst sind nur wenige dieser Fragen beantwortet. Zumindest ist aber die Struktur unseres Informationsblattes erkennbar: redaktioneller Kommentar, AKSK-Angelegenheiten, Arbeitskreis und Kirche, aktuelle Ereignisse und Themen, Dokumentation. Etwa in dieser Abfolge und zu diesen und ähnlichen Themen sollen unter entsprechenden Zeichen vor allem Thesenartige Diskussionsbeiträge, kurze Nachrichten und Berichte, sowie theoretische Überlegungen erscheinen.

Allen Fragen zum Trotz ist die Probe vielleicht doch gelungen. Unter Schauspielern geht die Rede, nach der die Aufführung mißlingt, wenn die Generalprobe geklappt hat. Unter Journalisten geht man davon aus, daß immer alles klappt. Ein hoher Anspruch. Stellen wir uns ihm? Ich wünsche es uns.

## REZENSION ODER WINK MIT DEM ZAUNPFAHL ?

**Buchtip**

### Nach eigener Fassung?

Dies ist keine leichte, wohl aber eine informative Lektüre. Vornehmlich Universitätstheologen der DDR haben materialreiche "Beiträge zur Berliner Kirchengeschichte" verfaßt (383 S., 19,80 Mark, Union Verlag). Herausgegeben von Günter Wirth, fügt sich das Mosaik der Einzelthemen zum kennenswerten historischen Bild.

Selbstverständlich wird König Friedrichs II. geflügelter Glaubens-Satz zitiert, demzufolge in Preußen jeder nach seiner Fassung selig werden müsse. Daß der Regent jedoch die Berliner Kirchenbauplanung weitgehend den von ihm vorgegebenen Repräsentations- und politischen Erfordernissen unterordnete, liest sich hier mit allen Hintergrundfakten sehr aufschlußreich.

Sachlich-fundiert legen die Autoren auch Rechenschaft über schlimme Entwicklungen, etwa die unheilvolle Rolle der "Evangelischen Kirchenzeitung" während des Vormärz und der Revolution von 1848. Das entsprechende Kapitel ist bündig „Im Namen des Evangeliums gegen den Fortschritt" überschrieben.

Mit seiner konsequenten Polemik gegen den stockreaktionären Bischof Otto Dibelius erwirbt sich der Sammelband ebensoviel Achtung wie durch ausführliche Würdigung antifaschistischer Kräfte in beiden Konfessionen.

C. B.

BZA 9. April 1988 Seite 4

AN DIESEM BLATT HABEN MITGEARBEITET:

Eduard Stapel, Nikolaus Voos, Gerda Eggert, Martin Beyer, Ulrich Stockmann, Uwe Lehmann, Silvio Scholz & Jörg Kwapis

REDAKTIONSSCHLUSS war am 18. April 1988.

Natürlich ist auch dieses Blatt "NUR FÜR DEN INNERKIRCHLICHEN DIENSTGEBRAUCH"!

# Auf daß Solidarität und Kirche sich küssen lernen

**W**as tust du, wenn du in der Ausbildung stehst und merkst, die drängenden Probleme unserer Zukunft, unseres Lebens und Arbeitens in Kirche und Gesellschaft werden nicht diskutiert? Wenn du merkst, hinter ihrem autoritären Umgang mit dir stehen nichteinmal zukunftsfähige Konzepte? Was tust du, wenn du ausgebildet bist und sie dich zurücksetzen, weil du vielleicht eine alleinstehende Frau bist - gar mit Kind? Oder sie dich ausgrenzen, weil du mit deinem Lebensstil nicht in ihr überholtes Bild vom Zusammenleben paßt? Und wenn du dann arbeitest und bleibst isoliert, wenn deine Kritik an Strukturen und Verfahrensweisen ausschließlich als Seelsorgeproblem behandelt wird, du dein Recht nicht bekommst, deine Entwürfe nicht gefragt sind, was dann? Was tust du, wenn du trotz all dem hierbleiben willst, weil du dich verantwortlich weißt und auch Energie und Willen hast zu helfen beim längst überfälligen Wandel?

**A**m 7. Oktober 1986 hat sich der Arbeitskreis Solidarische Kirche (AKSK) auf seiner ersten Vollversammlung in Berlin-Karlshorst konstituiert. In einer Basiserklärung hat er sein Selbstverständnis skizziert und eine vorläufige Orientierung für sein Arbeiten gefunden, sowie in einer Rahmenordnung seine Arbeitsweise festgelegt. Der AKSK organisiert sich auf der Ebene des Bundes - also Landesweit - in Regionalergruppen, weil konkrete Solidarität zunächst vor Ort geschieht und in Projektgruppen, weil inhaltliche Arbeit themenzentriert sein sollte. Zweimal im Jahr bereitet ein Koordinierungsausschuß, der paritätisch aus Frauen und Männern zusammengesetzt ist und alle zwei Jahre durch Wahl zur Hälfte erneuert wird, die Vollversammlung vor. Sie ist unser Forum gemeinsamer Meinungsbildung und Willensbildung und das Beschluß-

organ unserer kirchenpolitischen und gesellschaftlichen Arbeit. Eine Konfliktstelle will helfen, die Interessen der von restriktiven Maßnahmen Betroffenen zu vertreten. Sie ist Ausdruck unseres gewerkechaftlichen Anliegens. Eine Sommerakademie will die Analyse grundlegender Probleme unseres Wirklichkeitszusammenhanges vorantreiben und durch Diskussion auch zur notwendigen Theoriebildung beitragen. Dieses Informationsblatt soll mithelfen, eine Öffentlichkeit herzustellen, in der die Betroffenen zu Wort kommen.

**W**enn Jesus Christus durch sein Leben, sein Handeln und Lehren und durch seinen Tod menschliches Leben und Zusammenleben neu qualifiziert, dann gilt dies auch für die erforderlichen Verhältnisse. Sein Einsatz für herrschaftsfreie Beziehungen fordert uns auf, an der Demokratisierung von Kirche und Gesellschaft mitzuwirken!

**G**ebeten, in einem Satz zu sagen, was der AKSK wollen sollte, versuche ich folgendermaßen zu formulieren:

Der Arbeitskreis Solidarische Kirche sollte die Fähigkeit zur Selbstkritik in unserer Kirche und den Willen zu ihrem strukturellen Wandel stärken; er sollte mithelfen, daß der gesellschaftliche Bereich und das Rechtsverständnis in unserem Lande durch kritische Öffentlichkeit rekonstruiert wird und, daß eine alternative Kultur des Miteinandergehens unter uns entsteht.

Ulrich Stockmann

# AKTUELL

## EINE HOFFNUNG

## LERNT GEHEN -

## GEHEN WIR MIT ?

Gedanken nach der Ökumenischen Versammlung

Von Nikolaus Voss

Vom 12. bis 15. Februar 1988 tagte in Dresden die Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. In den kirchlichen Wochenzeitschriften ist darüber ausführlich berichtet worden, so daß wir hier auf eine Wiedergabe von Tagungsablauf und -ergebnissen verzichten können.

Im vergangenen Jahr erging durch die Vorbereitungsgruppe der Ökumenischen Versammlung (ÖV) der Aufruf "Eine Hoffnung lernt gehen" an die Gemeinden und Gruppen, sich mit Vorschlägen an der ÖV zu beteiligen. Welche Resonanz dieser Aufruf innerhalb des AKSK gefunden hat, weiß ich nicht zu sagen. Aber unterm Strich ist die erstaunliche Reaktion von über 10'000 Zuschriften festzustellen.

In der Basiserklärung des AKSK heißt es unter Anstrich 3 zu III.2.: "...Wir verstehen die Arbeit als Bestandteil des konziliaren Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Erhaltung der Schöpfung." Wenn dieses nicht nur ein gut bis programmatisch klingender Papiersatz sein

soll und wenn der AKSK intentional sich um eine eigene ökumenische Öffnung bemühen will (weil die Leiderfahrungen in Kirche und Gesellschaft von Christen anderer Kirchen geteilt werden), werden wir engagiert und kritisch die Arbeit der ÖV unterstützen müssen.

Nach der 1. Vollversammlung in Dresden haben sich 13 Arbeitsgruppen für die Weiterarbeit konstituiert. Diese nun beginnende Sacharbeit geschieht mit der Zielrichtung, zu konsensfähigen Äußerungen und gemeinsamen Handlungsschritten zu gelangen. Gerade bei dieser Zielrichtung ist unsere eigene Arbeit innerhalb des AKSK auf vielfache Weise tangiert. Denn hier beginnt ein vorsichtiger ökumenischer Erneuerungsprozeß zu mehr Gemeinsamkeit und gegenseitig verpflichtender Verbindlichkeit. Vom Selbstverständnis des AKSK her, dürfen wir uns darin einig sein, daß wir selbst von der Erneuerungsbedürftigkeit von Kirche und Gesellschaft überzeugt sind und diese von innen heraus zu fördern suchen. Eben deshalb sollten wir nicht skeptisch vom Rande aus auf die vermeintliche "Ökumene von oben" schauen, sondern uns in die inhaltlichen Sachanliegen einklinken. Und wo Erneuerung beginnt, sollten wir nicht auf unsere Beteiligung verzichten.

Aus der Themenpalette der gebildeten Arbeitsgruppen möchte ich ein paar Fragestellungen herausgreifen, um die Brisanz der Themen angesichts der Situation und der o.g. Zielrichtung zu verdeutlichen:

- Was soll die ÖV hinsichtlich der Frage, wo in unseren Kirchen und Gemeinden ungerechte Strukturen und Verhältnisse sind, tun, um diese zu überwinden? (aus Arbeitsgruppe 1)
- Was soll die ÖV zu den Fragen hinsichtlich der Ursachen für die äußere und innere

Emigration vieler DDR-Bürger erklären? Was muß getan werden, und was kann die OV tun, damit Menschen bewußt und gerne in der DDR leben? (ebd.)

-Was soll die OV hinsichtlich der Frage, inwieweit der Wehrdienst für Christen heute noch verantwortbar ist, erklären? (aus Arbeitsgruppe 4)

-Was soll die OV verbindlich hinsichtlich der Frage der Unantastbarkeit des ungeborenen Lebens sagen? (aus Arbeitsgruppe 12)

-Was soll die OV hinsichtlich der Frage des Lebensstils der Kirchen und Gemeinden äußern und tun (z.B. 2%-Appell, ökologisch vertretbarer Lebensstil, Verzicht auf Valuta-Projekte etc.)? (aus mehreren Arbeitsgruppen)

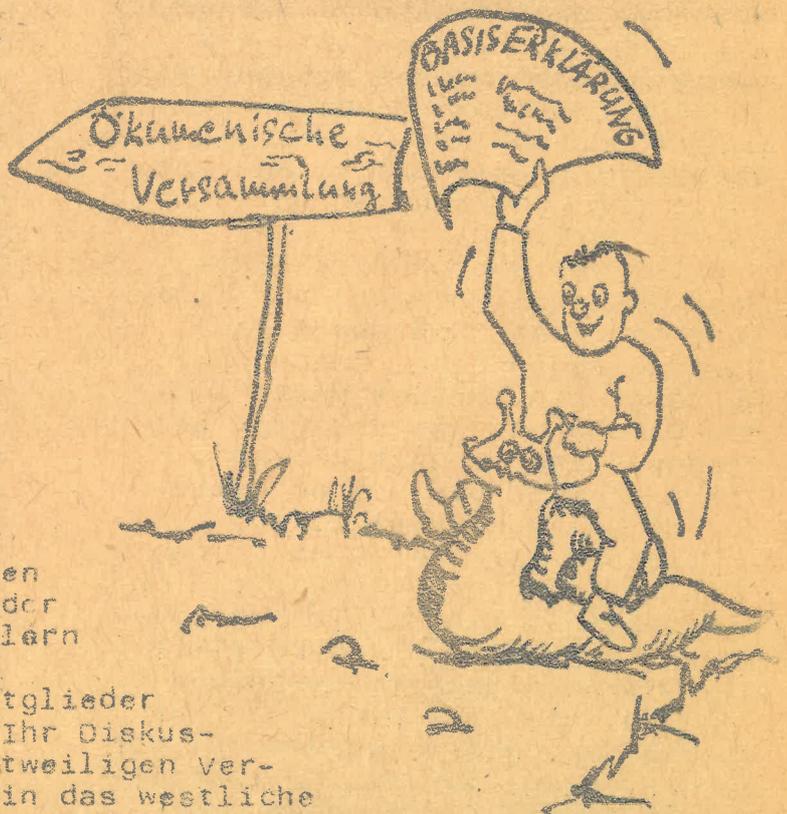
Dieses sind sicherlich nur wenige, sicher auch nicht repräsentativ zusammengestellte Fragen. Es sind

Fragen, von denen ich meine, daß sie die Interessen der Sachanliegen im AKSK betreffen und daher uns zur Aufmerksamkeit und Mitarbeit herausfordern sollten. Die neue Qualität der sicher nicht neuen Fragen besteht darin, daß sie erstmals gemeinsam von nahezu allen Kirchen und Gemeinschaften in der DDR gestellt wurden. Das macht freilich die Arbeit nicht leichter. Aber es ist ein vorsichtiger und hoffnungsvoller erster Schritt. Auf diesem Hintergrund, lieber Leser, nehmen Sie bitte den Titel dieses Beitrags noch einmal zur Kenntnis.

## KURZ & KNAPP

Leipzig: Mit dem willkürlichen und undemokratischen Umgang der Behörden mit Reiseantragstellern bei Reiseangelegenheiten ins Ausland beschäftigen sich Mitglieder der Regionalgruppe Leipzig. Ihr Diskussionspapier erwägt einen zeitweiligen Verzicht auf alle Reiseanträge in das westliche Ausland. Das Papier ist noch in Arbeit.

Güstrow: Der mecklenburgische Landesbischof Christoph Stier hat auf Anfrage hin seine Bereitschaft erklärt, mit Vertretern des AKSK ein Gespräch über gemeinsam interessierende Probleme zu führen. Stier äußerte sich vor Teilnehmern der traditionellen Theologiestudentenrüstzeit in Güstrow im Oktober '87 und meinte, ein solches Gespräch müßte langfristig und sorgfältig vorbereitet werden, wenn es zu konkreten Ergebnissen führen sollte. Einschränkend sagte Stier, daß allerdings bisher keine konkrete Anfrage seitens des AKSK vorliege.



VAKANT

In Berlin-Köpenick, Gemeindebezirk Köpenicker Vorstadt, ist seit 18. Januar 88 eine Pfarrstelle durch Gemeindevahl zu besetzen. Wir suchen Pfarrer oder Pastorin für die Entwicklung eines vielseitigen und regen Gemeindelebens unter der Leitung des Pfarrers...

# KOMMENTAR

## Kein Einlaß für Pessimisten

Mit dem heiklen Thema des politischen Mandats der Kirche befaßte sich die lutherisch-sächsische Landessynode im letzten Herbst. Im Bericht der Kirchenleitung wurde dazu gesagt, daß die Meinungen kontrovers seien. Während die einen Stellungnahmen der Kirchen zu politischen Themen kritisierten, wird von anderen hier weniger Zurückhaltung gefordert. Auf die Gefahr hin, sich zwischen zwei Stühle zu setzen, hat sich die Kirchenleitung - damit Bischof Hämpel folgend - zu einem begrenzten politischen Mandat bekannt und dazu einige Richtlinien erarbeitet. Aus der Fülle der Überlegungen sei eine herausgegriffen.

Unter der Überschrift "Entscheidungshilfen" wird zur Geltung gebracht, daß die Kirche dort zu reden habe, "wenn bzw. wo sonst ein Unrecht verschwiegen bliebe und die darunter Leidenden keinen Anwalt hätten". Daran gibt es von meiner Seite aus nichts anzusetzen.

Kritisch ist es jedoch dann, wenn die genannten Grundätze an Einzelbeispielen zum Tragen kommen sollen. Eins davon betrifft die Gastbereitschaft gegenüber Gruppen, die sich nicht als zur Kirche dazugehörig verstehen. Der Entwurf nennt für die Gastbereitschaft einige Bedingungen, zu denen ein "Mindestmaß an Konstruktivität" gehört. Das wird näher erläutert: "Wirklichkeitsbeschreibungen, die lediglich in Ausweglosigkeit enden, widersprechen der geforderten Mindestübereinstimmung mit dem Auftrag der

stutzig.

Was diese Erläuterung fordert, ist nicht Konstruktivität, sondern Optimismus; denn auch wo Auswege sichtbar werden, ist dies noch lange keine Konstruktivität. Was soll es aber erbringen, die pessimistischen Töne aus der Kirche zu drängen? Aus der Luft gegriffen sind sie doch nicht! (Es sei denn, die Luft ist wiederum so, daß man sie greifen könnte!) Wer keinen Ausweg sieht, dem kann er nicht verordnet werden; und hier "Konstruktivität" zu fordern, kündigt allenfalls von mangelndem Problembewußtsein. Es ist absurd, sich zum Anwalt derer machen zu wollen, denen man vorher sich zu artikulieren verweigert hat.

Es ist zu argwöhnen, daß dieser Passus einen innenpolitischen Pferdefuß hat, denn bei aller Kritik, gehört es doch zum guten Ton, prinzipielle Übereinstimmung und gegenseitige Hochachtung zu beteuern. Was soll aber auch hier mit denen geschehen, die die Auswege nicht wahrzunehmen vermögen? Es ist doch töricht, die besseren Erfahrungen der einen gegen die schlechteren der anderen auszuspielen. Dieses "Mindestmaß an Konstruktivität" kann nicht eingefordert werden. Gerade mit denen, die es nicht aufbringen (wollen oder können), ist die Auseinandersetzung zu suchen. Und dann muß sich zeigen, ob ihre Behauptungen der Wahrheit entsprechen, und wenn nicht, ob sich nicht Perspektiven entwickeln ließen; von der Verwirklichung ganz zu schweigen. Dies ist weniger ein politischer als ein seelsorgerlicher Auftrag für die Kirche. Um ihn wahrzunehmen, muß man aber die Betreffenden erst mal hereinlassen.

MARTIN BEYER

# INSTITUTIONALISIERTE GEDANKEN VOR DER 4. VOLLVERSAMMLUNG

Im Arbeitskreis "Solidarische Kirche" scheint es so etwas wie ein Leib- und Magenzeit zu geben:

"Die Kirche ist der Fall einer Institution, die den Widerspruch zu sich selbst mitinstitutionalisieren muß."

(Schelsky)

Mich lockt es immer wieder, vor KIRCHE auch das Attribut SOLIDARISCHE auszuprobieren. Denn nach zwei Jahren AKSK wird deutlich, daß der Arbeitskreis mit seinen vielen Basisgruppen gute Chancen hat, eine "innerkirchliche Erweckungsbewegung" zu werden. Wie heißt es bei uns in der DDR doch so schön: "Nicht neben und nicht gegen den Sozialis..."

- Entschuldigung -

... die Kirche, sondern in der Kirche!

Nachdem der Arbeitskreis mehr oder weniger seine Fahnen der Erneuerung der alten Mutter Kirche geweiht hat und mit viel Fantasie beginnt, gegen die hochinstitutionalisierten Windmühlenträder der Kirche anzulaufen, - zunächst jeder für sich, dann Grüppchen für Grüppchen und schließlich in wohlgeordneter und institutionalisierter

AKSK-Einheitsfront -

scheint uns alten Basisdemokraten

langsam eine bittere Ahnung zu dämmern: Wer in der

Institution Kirche auf breiter Front etwas in Gang bringen möchte, tut wohl daran, sich tunlichst selbst zu institutionalisieren, Ordnungen aus dem Boden zu stampfen (zunächst säuberlich in Rahmen- und Alarmplan getrennt, später heißt das dann "Satzung des AKSK") und mit unserer kleinen (institutionalisierten) Macht über gute

Ritterschaft...

Und damit, mit der selbstinstitutionalisierten, eigentlich Nicht-Institution AKSK sind wir wieder bei Schelsky. Kein Zirkelschluß, sondern eher Einsichten in Notwendigkeiten, oder vielleicht doch ein leises Eingeständnis des Mangels an Fantasie? Hoffentlich jedenfalls keine Beschäftigungstherapie für unsere nächste(n) Vollversammlung(en).

Ich danke, wir sollten unseren Leib- und Magen-Schelsky in unsere Reihen aufnehmen (vorausgesetzt er unterschreibt die Basiserklärung). Diese Aufnahme sollte in zwei Richtungen gehen:

1. Der AKSK braucht effektive, überregional greifende Arbeitsstrukturen, wenn in der Institution Kirche

wirksame Veränderungen angestrebt werden. Dringlich empfinde ich, daß der Koordinierungsausschuß stärker als bisher aus Vertretern der Basisgruppen zusammengesetzt wird. (Positives Beispiel dafür ist der Fortsetzungsausschuß des Seminars "Konkret für den Frieden".) Außerdem werden wir, um schnell und gezielt handlungsfähig zu



## INTERN



werden, den Koordinierungsausschuß (klar definierte) Entscheidungskompetenzen zwischen den Vollversammlungen übertragen müssen. Insgesamt muß m.E. versucht werden, die Vernetzung der Regionalgruppen durch eine dafür günstige und durchsichtige Struktur des AKSK zu fördern.

2. Der permanente Widerspruch gegenüber der hauegemachten AKSK-Institution muß da einsetzen, wo sich die Institution zum Selbstzweck entwickelt hat,

wo Entscheidungsprozesse undurchsichtig sind und Funktionäre aufgebaut werden und die Strukturen die Inhalte verdecken.

Solange es kritische Geister unter uns gibt, die die AKSK-selbstgefährliche Schelsky-Schleuder nicht als intellektuelles Fallobst im Munde führen, sondern als Alarmglocke zu läuten wissen, habe ich keine Angst um eine gutstrukturierte Solidarische Kirche.

NIKOLAUS VOSS

REGIONALGRUPPE  
MECKLENBURG

Kontaktadresse:

Eckart Hübner, [REDACTED]  
(Tel.: [REDACTED])

Mitarbeiter:

ca. 20 Personen  
(Pastoren, Praktikanten, Diakon)

Arbeitsweise:

Regionalgruppe trifft sich 3-4 mal im Jahr. Auf Kirchenreiseebene arbeiten einzelne Projektgruppen, es sollen aber auch überregionale gegründet werden (s.u.)

Probleme:

- große Entfernungen zwischen kirchlichen Mitarbeitern auf dem Land, daraus resultierender Landfrust und Vereinsamung
- Verhältnis zur Kirchenleitung (z.B. in Partnerschaftsfragen und Problemen des Anstellungsverhältnisses)
- neue Formen des Gemeindeaufbaus und überregionaler Zusammenarbeit
- Finanzstrukturwandel in der Mecklenburger Landeskirche

Projekte:

- Beteiligung am Kirchentag in Rostock im Juni 1988
- Arbeitsgruppe "Partnerschaft"
- Mitarbeitervertretung
- Rahmenbedingungen für die Arbeit der Regionalgruppen schaffen

REGIONALGRUPPE  
LEIPZIG

Kontaktadresse:

keine - Kontakt über Koordinierungsausschuß möglich

Mitarbeiter:

25 - 30 Personen  
(überwiegend Theologiestudenten)

Arbeitsweise:

Treffen jeden 2. Mittwoch im Monat

Projekte:

- Gestaltung des Friedensgebetes in der Nikolaikirche
- Mitarbeit im Bezirkesynodalausschuß Leipzig-Ost "Frieden u. Gerechtigkeit"
- Gemeindeabende zur Information ü. AKSK
- Gottesdienstgestaltung in Randgemeinden

solidarische  
Kirche

- Auseinandersetzung mit dem Technische-Papier (siehe Dokumentation, Seite 11/12)
- Probleme der Reisefreiheit
- Nacharbeit zur Oekumenischen Versammlung in Dresden

REGIONALGRUPPE Kontaktadresse: Petra Hoffmann, [redacted] Neubrandenburg, 2000  
 KIRCHENREISE STARGARD

Mitarbeiter: nur kirchliche Mitarbeiter und deren Ehepartner/innen

Arbeitsweise: regelmäßige Treffen auf Kirchenkreisebene

- Projekte:
- Mitarbeitervertretung (besondere Fragen: Verhältnis von Ordinierten und Nichtordinierten; Gestaltung von Lebensformen und Partnerbeziehungen; berufliche Entwicklungsmöglichkeiten der Mitarbeiterinnen)
  - Forderung umfassender Information zu brisanten kirchlichen Vorgängen und Entscheidungsfindungen
  - Forum für Mitarbeiterprobleme, um diese zu klären, Lösungen zu erarbeiten und zu verwirklichen

GESPRÄCHSPULSE AUS DER ARBEITSGRUPPE "PARTNERSCHAFT"

SCHWERIN: Bereits im Herbst 1987 hat sich in Dobbertin eine Arbeitsgruppe "Partnerschaft" aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Mecklenburgischen Landeskirche konstituiert. In einem im Februar 1988 in Schwerin herausgegebenen Brief heißt es: "Wir wenden uns mit einem Anliegen an Sie, das uns sehr bewegt. Es gibt in unserer Landeskirche Mitarbeiter (Pastoren, Katechetinnen und Diakone), die in einer Ehe ohne Trauschein miteinander leben.

Dafür haben die Betroffenen ganz persönliche und uns gut verständliche Gründe. Kirchliche Dienststellen aber reagieren inzwischen mit der Verweigerung von Anstellungen, mit Drohung von Versetzungen oder Entlassungen aus der Gemeindearbeit. Wir - ein Kreis von Mitarbeitern - haben uns zusammgefunden, weil uns das Vorgehen der Kirchenbehörden gegen unsere Mitarbeiter betroffen macht. Wir empfinden Stil und Maßnahmen als problematisch, ungerecht und menschlich unangemessen. Wir wollen nicht die Ehe an sich in Frage stellen. Aber wir fragen, ob Kirche in unserer Zeit nicht auch andere Formen des Zusammenlebens akzeptieren muß?

Wir laden Sie ( die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der mecklenburgischen Landeskirche sind hier gemeint. Die Red.) zu einem Nachdenken über diese Fragen ein. Vielleicht haben Sie Lust, in irgendeiner Form zu reagieren. Wir denken an folgende Möglichkeiten:

- Eingaben an die Landessynode oder andere kirchliche Entscheidungsgremien, sowie die Einleitung eines weiten und offenen Gesprächs darüber in Konventen und Mitarbeiterkreisen
- mit uns, schriftlich oder mündlich, in Kontakt zu treten.

Kontaktadressen:

Gottfried Siegmund

Christoph Kleemann

Lichtenhagen

Dobbertin

2520

Tel. [redacted]

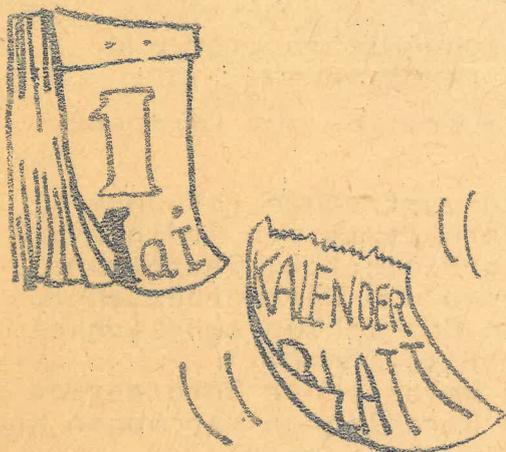
2861

Tel. [redacted]

9

- Das Gespräch mit den Betroffenen zu suchen, um sich sachkundig zu machen und "mitarbeiterliche Solidarität zu üben".

Diesem Brief an alle kirchlichen Mitarbeiter ist ein Zehn-Punkte-Gesprächsimpuls beigelegt. Nähere Informationen dazu über die angegebenen Kontaktadressen.



Der 1. Mai wird bei uns gemeinhin als Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen bezeichnet und begangen.

Historisch geht der 1. Mai auf eine Demonstration für den 8-Stunden-Tag zurück. Sie fand am 1.5.1886 in den USA statt. 1889 beschloß der Gründungskongreß der II. Internationale, im folgenden Jahr eine allgemeine Demonstration durchzuführen, deren Hauptanliegen der 8-Stunden-Tag sein sollte und deren Termin in Anlehnung an die amerikanische Demonstration eben der 1. Mai sein sollte.

Tatsächlich fanden 1890 in den USA, Mittel- und Westeuropa derartige Demonstrationen statt, die sich teilweise zum Generalstreik ausweiteten. Als es 1891 zu spontanen Wiederholungen kam, beschloß die II. Internationale, den 1. Mai nun alljährlich abzuhalten - sehr zum Ärger von Staat und Industrie.

1933 wurde der 1. Mai in Deutschland als "Feiertag der nationalen Arbeit" eingeführt, ein typisch nationalsozialistisches Anliegen, das die traditionelle Arbeiterbewegung weitgehend neutralisierte. Nach 1945 wurde dies wieder rückgängig gemacht.

Heutzutage ist nun nicht ganz klar, ob am 1. Mai vorwiegend gekämpft, gefeiert oder einfach frei gemacht wird; letzteres jedenfalls ist weitgehend gesetzlich festgelegt.

Martin Bever

#### DDR:

Die Kirchentagsvorfreude dreißt wieder um sich. Lothar Tautz (Weissenfels) hat in einem Rundschreiben dazu aufgefordert, sich mit eigenen Ständen etc. an der Gestaltung der Kirchentags zu beteiligen. Besonders die Regionalgruppen des AKSK sollten diese Chance der Darstellung der Anliegen ihrer Arbeit nutzen. Die Kirchentagsstermine sind aus den Kirchenzeitungen zu entnehmen.

#### LEIPZIG:

Die Arbeitsgruppe "WAF" (Eigenname) am Theologischen Seminar hat sich mit der Studentenvertretung über ein gemeinsames Votum zur Frage der studentischen Mitbestimmung am Theologischen Seminar geeinigt. Darin wird u.a. die gleichberechtigte Beteiligung von Studentenvertretern an der Arbeit der Seminarleitung gefordert. Im Mai 1988 wird das Kuratorium über die Leitungsstrukturen am Theologischen Seminar beschließen. Ein gemeinsames Votum von Dozenten und Studenten ist momentan nicht zu erwarten.

**KNAPP & KURZ**

NACHFOLGENDE THESEN WURDEN  
VON HANS-JOCHEN TSCHICHE  
(LEITER DER EVANGELISCHEN  
AKADEMIE IN SACHSEN-ANHALT,  
MAGDEBURG) BEIM VI. TREFFEN  
"FRIEDEN KONKRET" ENDE FEBRUAR

# DOKUMENTE

IN COTTBUS VORGETRAGEN! DIE THESEN SIND ZUR DISKUSSION IN DEN  
GRUPPEN GEDACHT. IN COTTBUS WURDE BESCHLOSSEN, AN DIESEN TEXT  
BIS ZUM NÄCHSTEN TREFFEN 1989 IN GRIEFSWALD MITZUARBEITEN.

-----  
Teilhabe statt Ausgrenzung  
- Wege zu einer solidarischen Lebens- und Weltgestaltung -

Die modernen Industriegesellschaften sind so organisiert, daß die Zerstörung der Umwelt unaufhörlich voranschreitet, die Kluft zwischen den armen und reichen Völkern immer größer wird und die Austragung von politischen Konflikten mit Massenvernichtungswaffen nicht auszuschließen ist. Es droht der kollektive Selbstmord der Menschheit, wenn nicht eine andere Lebens- und Weltgestaltung angestrebt wird. Schritte auf dem Wege der Veränderung sind die Dezentralisierung wirtschaftlicher und politischer Machtbalancen, die Förderung von umweltfreundlichen Technologien, die Unterstützung der Abrüstungsbemühungen der Mächtigen, Anstrengungen zur Herstellung einer weltweiten wirtschaftlichen Gerechtigkeit, die Stärkung des Einzelnen gegenüber den übergreifenden Machtstrukturen und die Abkehr von einer konsumorientierten Lebensform. Für die Basisgruppen in der DDR sind die wichtigsten Verbündeten in diesem Veränderungsprozeß der Industrienationen die Friedens-, Umwelt-, 2/3 Welt-, Frauen-, Bürgerrechtsgruppen und andere emanzipatorische Gruppen in Europa und Nordamerika. In diesem Umfeld wächst eine andere Kultur, die dem Hang zur Gewalttätigkeit widersteht und menschenwürdige und umweltfreundliche Strukturen entwickelt, ausprobiert und durchsetzt. Dieser Aufbruch ruft den Widerspruch und den Widerstand der Etablierten hervor und wird immer wieder zu staatlichem Vorgehen gegen diese Gruppen und zu ihrer gesellschaftlichen Verunglimpfung führen. Wir, die Vertreter dieser Basisgruppen, lassen uns aber auf diesem Wege nicht beirren und erklären:

- 1.1. Durch unsere Gruppen wird moralisch legitimiert eine kritische Öffentlichkeit in der DDR hergestellt, die das Gespräch über notwendige Veränderungen in das gesellschaftliche Bewußtsein heben.
- 1.2. Die Gruppen haben das Recht, so in der Öffentlichkeit aufzutreten, daß sie die gesellschaftliche Aufmerksamkeit erregen.
- 1.3. Die gesellschaftliche Kraft und der politische Einfluß der Gruppen reicht im Augenblick nicht aus, um kurz- oder mittelfristig gesamtgesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen.
- 1.4. Trotz der Einsicht in die vorläufige Erfolglosigkeit verzichten die Gruppen nicht auf das Ziel einer anderen Kultur. Sie werden sich stärker untereinander vernetzen. Sie suchen Mittel und Wege, um ihren Widerstand und ihr Ziel unübersehbar durch zeichnerhaftes Handeln an die Öffentlichkeit zu bringen. Sie lassen sich nicht verführen, gewalttätige Theorien zu entwickeln und in die Tat umzusetzen.

2.1. Die Gruppen erwarten, daß die Kirchen Räume zur Verfügung stellen, in denen Einzelne und Gruppen ohne Auflagen und trotz unterschiedlicher ideologischer oder religiöser Motivation über die notwendigen gesellschaftlichen und persönlichen Veränderungen miteinander sprechen. Sie erwarten, daß die Kirchen Öffentlichkeitsräume bereit stellen, in denen die Gruppen wirksam werden können.

2.2. Die Gruppen wünschen in kritischen Situationen, die zu staatlichen Eingriffen führen, von den Kirchen nicht zuerst geheimdiplomatische Bemühungen und Teilnahme der kirchlichen Mandatsträger am Spiel der Mächtigen. Es sollte immer deutlich bleiben, daß sie sich dem Ideengut einer menschenwürdigeren Kultur und ihren Vertretern vorrangig solidarisch verpflichtet fühlen.

2.3. Die Gruppen respektieren, daß die gesamtkirchliche Arbeit wichtige Aspekte hat, die nicht im Blickfeld der Gruppen liegen.

3.1. In der DDR-Gesellschaft setzen sich die Gruppen dafür ein, daß die krisenhafte Situation der modernen Industriegesellschaften von allen Verantwortungsträgern öffentlich und durchschaubar diskutiert wird.

3.2. Die Gruppen fordern die pluralistische, demokratische und dezentralisierte Organisation des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in der DDR.

3.3. Die Gruppen fordern den Ausstieg aus Technologien, die irreparable Umweltzerstörungen heraufbeschwören. Sie sind bereit, in der Bevölkerung um Verständnis zu werben, daß die entstehenden Kosten alternativer Entwicklungen von allen getragen werden müssen.

3.4. Die Gruppen bemühen sich um den Abbau der konsumorientierten Ziele der sozialistischen Gesellschaft. Sie sind bereit, die Kosten eines gesellschaftlichen Umbaus mitzutragen.

4.1. Die Gruppen bejahen jede politische Initiative, die zur allgemeinen Abrüstung führt. Sie unterstützen die Versuche, atomwaffenfreie Zonen in Europa zu schaffen.

4.2. Die Gruppen setzen sich für eine Veränderung der Weltwirtschaftsordnung ein, damit die armen Völker eine Chance erhalten, ihr wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben unter menschenwürdigen Voraussetzungen zu gestalten. Sie beteiligen sich nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten an Initiativen, die diesem Ziele dienen.

4.3. Die Gruppen gehen davon aus, daß die Zukunft der Welt davon abhängt, nationale und internationale Krisen nicht durch militärische Gewalt und Interventionen sondern durch politische Bemühungen zu lösen. Sie werden solche Bemühungen öffentlich unterstützen.

4.4. Die Gruppen bemühen sich in der DDR um eine Entmilitarisierung des öffentlichen Lebens, um die Entideologisierung der Bildung und um die Entbürokratisierung des Umgangs mit den Bürgern.

5. Um diese Ziele zu erreichen, Forderungen durchzusetzen, mit Enttäuschungen und massivem Druck von unterschiedlichen Seiten leben zu können, brauchen die Gruppen Trainingsfelder:

1. zur Einübung der eigenen alternativen Lebensform,
2. zur Vergewisserung der eigenen religiösen oder ideologischen Motivationen,
3. zur Verarbeitung der eigenen Ohnmachtserfahrungen angesichts staatlichen Zwanges oder angesichts der sehr komplexen und komplizierten Problemlage,
4. zur Fähigkeit des Einzelnen trotz kontroverser Überzeugungen im kooperativen Gespräch zu bleiben.

Die Gruppen stellen diese Trainingsfelder zur Verfügung und verschaffen sich Sachkenntnis, um solche Prozesse helfend zu begleiten.